

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige, Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
— Drucksache 12/3659 —

Ökologische Verkehrswende — Wege in eine gesunde Mobilität

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Ilja Seifert und der Gruppe der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/3736 —

Erarbeitung eines ökologischen integrierten Gesamtverkehrskonzeptes für die Bundesrepublik Deutschland

A. Problem

Beide Anträge haben die Entwicklung eines gegenüber der bisherigen Verkehrspolitik alternativen Gesamtverkehrskonzeptes zum Ziel.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge und Fortentwicklung der bisherigen Verkehrspolitik.

Einstimmigkeit im Ausschuß zu Drucksache 12/3659,
Mehrheitsentscheidung im Ausschuß zu Drucksache 12/3736.

C. Alternativen

Annahme der Anträge und Entwicklung eines alternativen Verkehrskonzepts.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag — Drucksache 12/3659 — abzulehnen,
2. den Antrag — Drucksache 12/3736 — abzulehnen.

Bonn, den 24. März 1993

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

Klaus-Heiner Lehne

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus-Heiner Lehne

I. Verfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 12/3659 in seiner 120. Sitzung am 12. November 1992, den Antrag auf Drucksache 12/3736 in seiner 122. Sitzung am 24. November 1992 jeweils zur federführenden Beratung dem Ausschuß für Verkehr und zur Mitberatung dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Vorlagen am 24. März 1993 behandelt.

II. Ziel und wesentlicher Inhalt der Anträge

1. Der Antrag auf Drucksache 12/3659 enthält eine grundsätzliche Kritik an der bisherigen Verkehrspolitik. Er stellt den Versuch dar, ein Gegenkonzept zum Bundesverkehrswegeplan zu entwickeln. Wesentliche Inhalte des Antrages sind die Einführung eines allgemeinen Tempolimits, die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, die Erhöhung der Mineralölsteuer um 0,50 DM pro Liter, die Umlage der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer, die Abschaffung der Kurzstreckenflüge, die Einstellung des Ausbaus der Bundesfernstraßen und der Rückbau von Straßen.
2. Der Antrag auf Drucksache 12/3736 stimmt mit dem Antrag auf Drucksache 12/3659 in Ausgangspunkt, Zielsetzung und weiten Teilen des Inhalts überein. Er enthält einige weitergehende Forderungen, z. B. nach einem Verbot der Werbung für Autos. In eine notwendige umfassende Um- und Neuorientierung in der Verkehrspolitik müßten auch die Gesichtspunkte der Raum- und Städteplanung sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte integriert werden. Das Bauen müsse kurze Wege ermöglichen, Zersiedelung müsse verhindert werden. Die Kosten des Verkehrs müßten auf die einzelnen Verkehrsträger verlagert und die Subventionen insbesondere im Straßenverkehr abgebaut werden.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat mehrheitlich gegen drei Stimmen bei

einigen Enthaltungen empfohlen, den Antrag auf Drucksache 12/3659 abzulehnen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat mehrheitlich gegen eine Stimme bei einigen Enthaltungen empfohlen, den Antrag auf Drucksache 12/3736 abzulehnen.

IV. Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Verkehr

1. a) Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. halten die in den Anträgen geforderten Maßnahmen nicht für geeignet, die Verkehrssituation zu verbessern. Sie würden vielmehr im Gegenteil eine Verschärfung der Verkehrsprobleme und damit auch der Umweltprobleme bewirken. Einige Forderungen stünden auch im Widerspruch zu einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Statt dessen sollte besser die bisherige Verkehrspolitik fortentwickelt werden, wie es auch in dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesverkehrswegeplan zum Ausdruck komme.
- b) Die Fraktion der SPD unterstützt einige der in den Anträgen enthaltenen Forderungen, die sie auch selbst in einem eigenen Entschließungsantrag erhoben hat. Andere Forderungen hingegen lehnt sie ab.
2. Der Ausschuß hat die Beschlußempfehlung zu Nummer 1 einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste und Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Der Ausschuß hat die Beschlußempfehlung zu Nummer 2 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und einer Stimme der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Enthaltung der Mehrheit der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 24. März 1993

Klaus-Heiner Lehne

Berichterstatler